



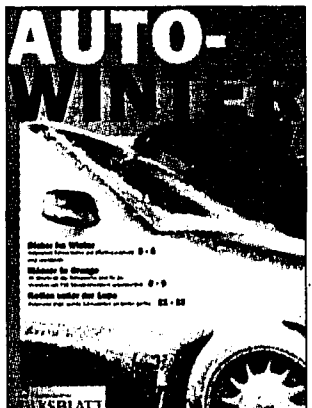
VOLKSBLATT

Amtliches Publikationsorgan • 123. Jahrgang, Nr. 262

VERBUND/SÜDOSTSCHWEIZ

SAMSTAG

Winter auf vier Rädern



Der Winter hat seine Schönheit und seinen Schrecken, zumindest für diejenigen, die nicht auf ihr Auto verzichten können. Wie Sie trotzdem sicher durch den Winter fahren und worauf Sie sich im Frühling 2002 freuen dürfen: In der heutigen Beilage «Autowinter» steht's!

Der Schlüssel in eine visuelle Welt

TRIESEN: Nach vielen Jahren ist die Suche für den GKVL nun endlich vorbei. Die Gemeinde Triesen hat ihm einen Raum zur Verfügung gestellt, der nach viel Arbeit und Zeitaufwand für seine Bedürfnisse eingerichtet worden ist. Mit einer Ansprache und einer kleinen Messe wurde der «Clubraum» mit Gottes Segen eröffnet. Seite 11

Das letzte Heimspiel



FUSSBALL: Im letzten Heimspiel der NLB-Qualifikationsrunde gastiert im Rheinparkstadion der Nationalliga-A-Absteiger Yverdon, bei dem die Vaduzer im Hinspiel immerhin einen Punkt (1:1) holten. Vielleicht hat sich nach dem Auswärtssieg in Locarno der Knopf gelöst, vielleicht kann der Aufsteiger jetzt auch zuhause wieder mal gewinnen? Seite 23

REKLAME
Sigi hat sie wirklich alle!
www.SIGIS-VELOSHOP.li
9496 balzers • fon +423 384 27 50

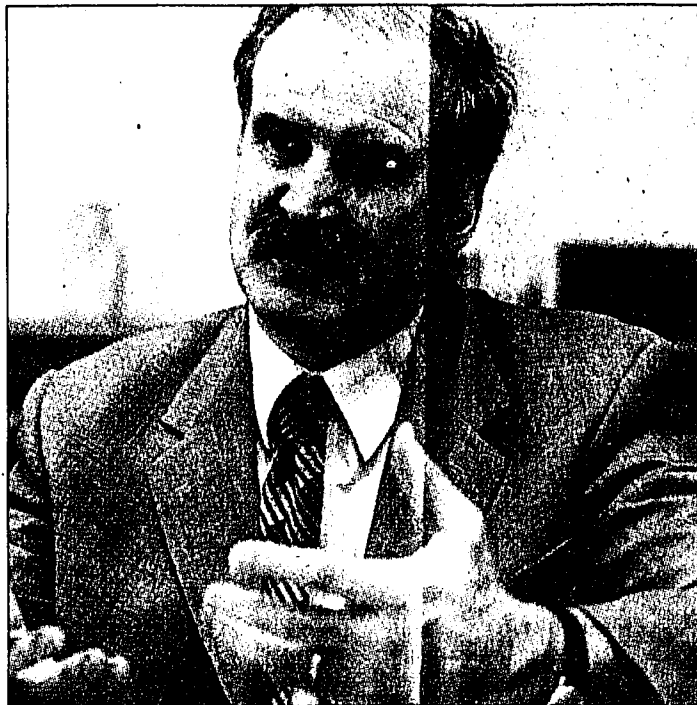
Zukunftsfonds gut unterwegs

Wahlversprechen der Regierung Hasler fand im Landtag mehrheitliche Zustimmung

Zur Finanzierung zukunftsgerichteter Projekte soll ein Zukunftsfonds eingerichtet werden. Diese alte Forderung der Bürgerpartei soll nun Realität werden. Im Landtag fand der entsprechende Gesetzesvorschlag der Regierung Otmar Hasler gestern mehrheitliche Zustimmung.

Martin Frommelt

Wie die FDP im Wahlprogramm ankündigte, soll der Zukunftsfonds aus den staatlichen Reserven und ausserordentlichen Erträgen geöffnet werden. Gemäss Regierungsvorlage sollen diesem Fonds die Mittel der heutigen «Reserven für Zukunftsaufgaben» von derzeit 600 Millionen Franken zuge-



«Gewichtige Position für zukunftsgerichtete grosse Projekte»: Regierungschef Otmar Hasler über den Zukunftsfonds.

wiesen werden, welche vor allem aus dem Verkauf der LLB-Aktien («Tafelsilber») generiert wurden.

Seitens der FDP-Fraktion fand die Regierungsvorlage grundsätzlich Zustimmung, seitens der Opposition wurde dagegen von einem Rückfall in früheres «Kässledenken» gesprochen. Der Antrag der VU-Abgeordneten Ingrid Hassler-Gerner auf Nicht-Eintreten fand jedoch keine Mehrheit.

Regierungschef Otmar Hasler konnte mit Genugtuung feststellen, dass die Kernidee des Zukunftsfonds im Landtag nicht in Frage gestellt wurde: «Es geht um etwas Gewichtiges. Durch diesen Fonds wird eine gewichtige Position für zukunftsgerichtete grosse Projekte reserviert, die wir nicht aus den laufenden Ausgaben finanzieren können.» Seite 7

Haltlose Vorwürfe

Heftige VU-Attacken wegen FATF-Politik

Bis Ende Jahr sollen die Finanzintermediäre alle Kundendaten den Banken offenlegen. Eine Vorgabe der FATF, deren Erfüllung aus verschiedenen Gründen bis Jahresende schwierig zu erreichen sein wird. Eine Gesetzesvorlage der Regierung, die das Horrorszenario «Zurück auf die schwarze Liste» vermeiden soll, sorgte gestern im Landtag für heftige Attacken von Seiten der VU-Opposition.

Wolfgang Zechner

Angenommen wurde die Gesetzesvorlage trotzdem – mit immerhin 17 Ja-Stimmen. Vorausgegangen war der Abstimmung einer emotionsgeladene Diskussion, bei der die VU aus FDP-Sicht die Grenze über-

schrift. Der Fraktionssprecher der VU, Peter Sprenger, warf zum Beispiel der Regierung eine «unüberlegte Zusage an die FATF» vor. Schliesslich verstieg er sich in einen Angriff auf Aussenminister Ernst Walch, der zur Zeit in New York weil. An Wolfs Adresse gerichtet meinte er, dass dieser «vielleicht gerade eine Rede hält, die wahrscheinlich niemanden interessiert, während zu Hause der Hut brennt».

Mit gewohnter Sachlichkeit umriss dann Regierungschef Otmar Hasler noch einmal die Dringlichkeit des Problems. Der Regierungschef unterstrich die hohe Bedeutung des Delistings im Lichte der schrecklichen Ereignisse vom 11. September. Die Offenlegung der Kundendaten habe oberste Priorität, so Hasler. Seite 5

Umsetzungs-Rückstand

Sonderbeauftragter: «Ernst Lage»

Liechtenstein hat sich gegenüber der FATF verpflichtet, bis Ende dieses Jahres die Offenlegung der wirtschaftlich berechtigten Personen zu 100 Prozent vorzunehmen. Das Beunruhigende: Wie der Sonderbeauftragte der Regierung, Daniel Thelesklaf, gegenüber dem Volksblatt erklärte, entspricht der derzeitige Umsetzungsstand «bei weitem noch nicht den Erwartungen».

Martin Frommelt

Liechtensteins Botschafter in Brüssel, S.D. Prinz Nikolaus, sprach im Volksblatt-Interview vom Donnerstag hinsichtlich des FATF-Prozesses von einer sehr ernststen Lage. Ähnlich äussert sich jetzt auch Daniel The-

lesklaf, der seit einem Monat als Sonderbeauftragter der Regierung im Kampf gegen die Geldwäscherei tätig ist. Dass der Umsetzungsstand seitens der liechtensteinischen Finanzintermediäre sechs Wochen vor dem Stichtag weit unter den Erwartungen liegt, gibt zu Besorgnis Anlass. Konkrete Zahlen waren nicht zu erfahren, Schätzungen bewegen sich im Bereich von erst rund 70 Prozent.

Ziel ist und bleibt die Einhaltung der Vereinbarung mit der FATF, um zu vermeiden, dass Liechtenstein im nächsten Februar wieder auf die schwarze Liste gesetzt wird.

Daniel Thelesklaf ist überzeugt, dass die Finanzintermediäre die hohen Vorgaben bis Ende des Jahres erfüllen können. Seite 3

Schröder gewinnt Vertrauensabstimmung

Der deutsche Bundeskanzler setzt Militäreinsatz mit Hilfe der Vertrauensfrage durch

BERLIN: Der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder hat die Vertrauensabstimmung im Bundestag gewonnen. Mit dem Votum für Schröder stimmte der Bundestag gleichzeitig auch dem Einsatz der Bundeswehr im Kampf gegen den Terrorismus zu.

«Er hat hoch gepokert und gewonnen», sagte der Grünen-Fraktionschef Rezzo Schlauch nach der Bekanntgabe des Resultats. 336 Abgeordnete – zwei mehr als erforderlich – sprachen Schröder am Freitagmittag im Bundestag ihr Vertrauen aus.

Die Kanzlermehrheit kam nur



Hoch gepokert und gewonnen: Bundeskanzler Gerhard Schröder.

zustande, weil die acht grünen Kritiker des Bundeswehreinsetzes vereinbarten, zur Hälfte für und zur Hälfte gegen Schröder zu stimmen. Alle Ja-Stimmen für Schröder kamen aus der Regierungskoalition. Die Gegenstimmen setzten sich aus den vier Grünen sowie den Voten von Union, FDP und PDS zusammen.

Zahlreiche Abgeordnete von SPD und Grünen lehnen die militärische Unterstützung ab. Sie sahen sich aber auf Grund der Vertrauensfrage zur Zustimmung gezwungen. 15 SPD-Abgeordnete gaben in einer schriftlichen Erklärung ihre Bedenken zu Protokoll. Seite 38

KOMMENTAR

Der FATF-Prozess ist für Liechtenstein von vitaler Bedeutung. Erfreulich, dass im Landtag die vom OSZE-Gremium geforderte Fristverkürzung grundsätzlich unbestritten war. Umso unverständlicher, dass VU-Exponenten übelste Oppositionssalven gegen den Regierungschef richteten. Ist wirklich der Überbringer der schlechten Nachricht schuld?

Paradoxe Vorwürfe

Regierungschef Hasler wurde vorgeworfen, der FATF am 13. Juni zugesichert zu haben, dass Liechtenstein die hohen Standards per Ende 2001 vollumfänglich erfüllen wolle – eine Woche später wurde Liechtenstein von der schwarzen Liste gestrichen. Da ist es geradezu paradox zu behaupten, dass die FATF das Vertrauen in die Regierung verloren habe. Mehr als eine 100-prozentige Umsetzung kann kein Regierungschef der Welt zusichern! Und: Wer ausser die FATF-Vertreter selbst können beurteilen, ob sie Vertrauen haben?

Bedenklich das Niveau: Der Abgeordnete Wolff (sein Skandal) kritisierte, dass Briefe an die FATF «dann nota bene auch noch in Englisch» geschrieben waren. Derweil monierte Peter Sprenger, Aussenminister Walch halte in New York eine Rede, «die vermutlich niemanden interessiert, während in Liechtenstein der Hut brennt». Mit Verlaub: Walch hat keinem geringeren Gremium als der UNO-Vollversammlung «die volle Unterstützung» Liechtensteins bei der Bekämpfung von Terrorismus und Geldwäscherei zugesichert! Er hat auch bei massgeblichen FATF-Kontaktpersonen in New York und Washington vorgesprochen. Hätte die Vorgängerregierung solche Kontakte genützt, wäre dem Land ein Reinigungsprozess dieser Intensität vielleicht erspart geblieben.

Fakt ist, dass Liechtenstein unter der VU-Regierung auf die «schwarze Liste» kam und kurz nach dem nun kritisierten Schreiben von Regierungschef Hasler von der Liste gestrichen wurde. Martin Frommelt

REKLAME

SPRENGER PARTNER
VEREICHENBUCHEN LUTERANER VEREICHENBUCHEN
Versicherungen
Arbeiten Sie ruhig weiter.
Den Rest machen wir.
Vaduz | Industriestrasse 16 | Tel. 237 57 00
www.sprenger.li